

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 12.02.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

Herr Bader	(Herr Kühn)
Herr Bley	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
(Herr Böttcher)	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Herr Rosenbaum
Herr F. Flake	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Scherf
Frau Gries	Frau Schneider
Herr M.Hahn	Herr Scholze
Frau S. Hahn	Herr Schrader
Herr Hinrichs	Frau Schütze
Frau vom Hofe	Frau Seiffert
Frau Ihbe	Herr Sommerfeld
(Frau Jalyschko)	Herr Türkmen
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	(Herr Weber)
(Herr Jordan)	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	(Frau Willimzig-Wilke)
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.12.2018 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Offene Anfragen aus den Stadtbezirksräten | 19-09953 |
| 3.2 | Sachstand Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung | 19-10038 |
| 3.3 | Sachstand verbundweit kostengünstiges Schülerticket | 19-10060 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße / Juliusstraße
Antrag der BIBS-Fraktion | 17-04026 |
| 4.1.1 | Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße / Juliusstraße
Stellungnahme der Verwaltung | 17-04026-01 |
| 4.1.2 | Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße / Juliusstraße
Stellungnahme der Verwaltung | 17-04026-02 |
| 4.2 | Mindestanforderungen Wohnungslosenunterbringung
Antrag der Fraktion Die Linke. | 18-09271 |
| 4.2.1 | Mindestanforderungen Wohnungslosenunterbringung
Stellungnahme der Verwaltung | 18-09271-02 |
| 4.3 | Jasperallee - Denkmalschutz
Antrag der BIBS-Fraktion | 18-09764 |
| 4.3.1 | Jasperallee - Denkmalschutz
Mitteilung der Verwaltung | 18-09764-01 |
| 4.4 | Alstom/Wasserstoff-Antriebstechnik als regionale Kompetenz vor-
antreiben
Antrag der BIBS-Fraktion | 19-10004 |
| 4.5 | "Modernisierungs- und Konsolidierungsprozess" als ständiger Ta-
gesordnungspunkt im Rat
Antrag der CDU-Fraktion | 19-10009 |
| 5 | Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbe-
darfsplans und zur Organisationsuntersuchung im Jahr 2018 | 18-09259 |
| 5.1 | Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbe-
darfsplans und zur Organisationsuntersuchung im Jahr 2018 | 18-09259-01 |
| 6 | Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2018
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und
Auszahlungen gemäß § 117 Niedersächsisches Kommunalverfas-
sungsgesetz (NKomVG) | 18-09777 |
| 7 | Grundstückskaufvertrag zum Plangebiet "Trakehnenstraße/Breites
Bleek", ST 81
Verkauf von Teilflächen der städtischen Flurstücke 189/308,
194/24, 189/290 und 189/93, alle Flur 7 der Gemarkung Stöckheim | 18-09639 |

7.1	Grundstückskaufvertrag zum Plangebiet "Trakehnenstraße/Breites Bleek", ST 81 Verkauf von Teilflächen der städtischen Flurstücke 189/308, 194/24, 189/290 und 189/93, alle Flur 7 der Gemarkung Stöckheim	18-09639-01
8	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	18-09744
8.1	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	18-09744-01
9	Haushaltsvollzug 2018 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-09876
10	Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt	18-09414
10.1	Änderungsantrag zur Vorlage 18-09414, Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt Änderungsantrag der AfD-Fraktion	19-10052
11	Festsetzung von Teilnehmerentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2019, in den Weihnachtsferien 2019/2020 sowie für die Familienfreizeit 2019	18-09774
12	Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Umsetzung des Konzepts für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Verringerung/Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten in den Sommerferien	18-09546
12.1	Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 18-09546: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Umsetzung des Konzepts für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Verringerung/Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten in den Sommerferien Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P ²	19-10073
13	Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Umsetzung des Konzepts für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Ausweitung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten	19-09822
14	Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung)	18-09480
15	Überarbeitete Programmanmeldung Stadtumbau - Bahnstadt	18-09776
16	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Dibbesdorfer Straße-Süd", QU 62 Stadtgebiet südlich der Dibbesdorfer Straße und nördlich der Volkmaroder Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-09931
17	Anfragen	
17.1	Nahversorgung in den Braunschweiger Stadtteilen Anfrage der SPD-Fraktion	19-10003
17.1.1	Nahversorgung in den Braunschweiger Stadtteilen	19-10003-01
17.2	Sachstand Umgestaltung Herzogin-Anna-Amalia-Platz Anfrage der CDU-Fraktion	19-10006

17.2.1	Sachstand Umgestaltung Herzogin-Anna-Amalia-Platz	19-10006-01
17.3	Plastikfreier Weihnachtsmarkt Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19-10000
17.3.1	Plastikfreier Weihnachtsmarkt	19-10000-01
17.4	Status und weitere Pläne Ideenplattform Anfrage der AfD-Fraktion	19-10005
17.4.1	Status und weitere Pläne Ideenplattform	19-10005-01
17.5	Fridays for future - Klimaschutz in Braunschweig Anfrage der BIBS-Fraktion	19-10001
17.5.1	Fridays for future - Klimaschutz in Braunschweig	19-10001-01
17.6	Wo bleibt der Plastikmüll? Anfrage der Fraktion Die Linke.	19-09995
17.6.1	Wo bleibt der Plastikmüll?	19-09995-01
17.7	Status Quo Bericht: Verfahrensweise Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	19-10007
17.7.1	Status Quo Bericht: Verfahrensweise	19-10007-01
17.8	Installation von Radverkehrsanlagen am Hauptbahnhof Anfrage der SPD-Fraktion	19-10002
17.9	Ausreichender Schutz der Verkehrsteilnehmer? Anfrage der AfD-Fraktion	19-10008
17.9.1	Ausreichender Schutz der Verkehrsteilnehmer?	19-10008-01
17.10	Dringlichkeitsanfrage: BLSK und interkommunale Teilträgerschaft Dringlichkeitsanfrage der AfD-Fraktion	19-10051
17.10.1	Dringlichkeitsanfrage: BLSK und interkommunale Teilträgerschaft	19-10051-01
17.11	Dringlichkeitsanfrage : Wie ist die Stadt auf plötzliche finanzielle Engpässe vorbereitet ? Dringlichkeitsanfrage der FDP-Fraktion	19-10066
17.11.1	Dringlichkeitsanfrage: Wie ist die Stadt auf plötzliche finanzielle Engpässe vorbereitet?	19-10066-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 3: Mitteilungen:
 - 3.1 Mitteilung 19-09953-Offene Anfragen aus den Stadtbezirksräten
 - 3.2 Mitteilung 19-10038-Sachstand Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung
 - 3.3 Mitteilung 19-10060-Sachstand verbundweit kostengünstiges Schülerticket
- Zu TOP 7: Grundstückskaufvertrag Plangebiet Trakehnenstraße/Breites Bleek:
Vorlage 18-09639-01
- Zu TOP 8: Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €:
Vorlage 18-09744-01
- Zu TOP 10: Änderung der Satzung für das Jugendamt:
Änderungsantrag 19-10052
- Zu TOP 12: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kitas, Pilotprojekt zur Erprobung der Verringerung/Abschaffung Schließzeiten:
Änderungsantrag 19-10073

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt weiter mit, dass der Ältestenrat empfiehlt, die unter TOP 3.2 genannte Mitteilung 19-10038-Sachstand Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam mit dem Antrag unter TOP 4.5 zu behandeln.

Ratsvorsitzender Graffstedt gibt bekannt, dass der unter TOP 4.1 genannte Antrag 17-04026 –Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße/Juliusstraße- vom Verwaltungsausschuss in der Sitzung am 5. Februar 2019 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde und eine Beratung über diesen Punkt in der heutigen Sitzung entfällt.

Er erklärt, dass zwei Dringlichkeitsanfragen vorliegen:

1. Dringlichkeitsanfrage der AfD-Fraktion:

19-10051-BLSK und interkommunale Teilträgerschaft

Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Wirtz begründet. Nach Aussprache über die Dringlichkeit lässt Ratsvorsitzender Graffstedt darüber abstimmen und stellt fest, dass diese bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter TOP 17.10 in die Tagesordnung eingefügt.

2. Dringlichkeitsanfrage der FDP-Fraktion:

19-10066-Wie ist die Stadt auf plötzliche finanzielle Engpässe vorbereitet?

Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Lehmann begründet. Nach Aussprache über die Dringlichkeit lässt Ratsvorsitzender Graffstedt darüber abstimmen und stellt fest, dass diese bei einigen Gegenstimmen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter TOP 17.11 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt gibt ferner bekannt, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung die Tagesordnungspunkte 18 bis 20 vorgesehen sind und stellt fest, dass der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:14 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.12.2018

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 18.12.2018 wird einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen

In der Zeit von 14:15 Uhr bis 14:33 Uhr findet Aussprache über die Mitteilungen 19-09953 - Offene Anfragen aus den Stadtbezirksräten und 19-10060 -Sachstand verbundweit kostengünstiges Schülerticket statt. Die Behandlung der Mitteilung 19-10038 -Sachstand Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung erfolgt unter Tagesordnungspunkt 4.5.

3.1. Offene Anfragen aus den Stadtbezirksräten 19-09953

Zu der Mitteilung findet Aussprache statt.

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-09953 wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Sachstand verbundweit kostengünstiges Schülerticket 19-10060

Zu der Mitteilung findet Aussprache statt. Ratsfrau Ohnesorge weist darauf hin, dass der im Sachverhalt genannte Ratsbeschluss zur Vorlage 18-08875 und nicht 18-08819 erfolgte.

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-10060 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße / Juliusstraße 17-04026 Antrag der BIBS-Fraktion

4.1.1. Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße / Juliusstraße 17-04026-01 Stellungnahme der Verwaltung

4.1.2. Erhalt der städtischen Grünfläche Kalandstraße / Juliusstraße 17-04026-02 Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Der Antrag 17-04026 wurde vom Verwaltungsausschuss in der Sitzung am 05.02.2019 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden. Die Beratung im Rat entfällt.

4.2. Mindestanforderungen Wohnungslosenunterbringung 18-09271 Antrag der Fraktion Die Linke.

4.2.1. Mindestanforderungen Wohnungslosenunterbringung 18-09271-02 Stellungnahme der Verwaltung

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 18-09271 ein und begründet diesen. Ratsherr Wendt beantragt getrennte Abstimmung der Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlages. Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Ziff. 1, Ziff. 2 in der Fassung der Empfehlung des Verwaltungsausschusses und Ziff. 3 getrennt zur Abstimmung.

Beschluss:

„1. Für die Wohnungslosenunterkunft „An der Horst“ sowie für alle anderen Unterkünfte zur Unterbringung wohnungsloser Personen werden die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt.

2. Die Satzung über die vorübergehende Unterbringung wohnungsloser Personen in der Stadt Braunschweig aus dem Jahr 2004 **wird überarbeitet und dem Ausschuss für Sozia-**

les und Gesundheit im 3. Quartal 2019 vorgelegt und durch eine Empfehlung des Bündnisses für Wohnen AG 2 ergänzt.

3. Die Gebühren werden in Anlehnung an die Angemessenheitstabelle (Unterkunftskosten nach § 12 Abs.1 WoGG-Stand 10/2018) gesenkt und so verändert, dass sie dem Standard der Unterkünfte entsprechend moderat in noch zu beschließender Höhe festgelegt werden.

Zu I: Mindestanforderungen für die Wohnungslosenunterkunft „An der Horst“ sowie für alle anderen Unterkünfte zur Unterbringung wohnungsloser Personen in der Stadt Braunschweig

1. Die Unterkunft muss den in Braunschweig geltenden Bau- und gesundheitsrechtlichen Vorschriften - unter besonderer Berücksichtigung der Belange des vorbeugenden Brand-schutzes - entsprechen.

2. Die Wohn- und Schlafräume müssen folgenden Anforderungen entsprechen: Die Höchst-belegungszahl pro Zimmer beträgt 2 Personen. Bei der Berechnung der Wohnfläche bleiben die Nebenräume und -flächen (z.B. Toiletten, Küchen, Gemeinschaftsräume, Waschräu-me...) unberücksichtigt.

a) Die Mindestquadratmeterzahl pro Zimmer beträgt für ein

- Einzelzimmer 9 qm

- Doppelzimmer 15 qm

Die Zimmer sind fortlaufend zu nummerieren. Die Zimmernummer ist mit der Angabe über die vorhandenen Quadratmeter gut lesbar und sichtbar an jeder Zimmertür anzubringen. Bei Verlust der Beschriftungen sind diese unverzüglich zu ersetzen.

b) Es dürfen grundsätzlich keine Doppelstockbetten verwendet werden.

c) Für jeden Bewohner ist eine eigene Bettstelle vorgesehen.

Zu jeder Bettstelle gehören:

-ein Bettgestell oder Schlafliege (keine klappbaren Gästebetten) mit einer Größe von min-destens 90x200 cm

-eine qualitativ gute Matratze

-für inkontinente Personen ein Überzug mit plastifizierter Unterseite und kochfester Molton-seite

-ein Kopfkissen sowie

-Einziehidecken in ausreichender Anzahl

Die Bettwäsche sowie die Handtücher sind zu stellen und in 14-tägigen Abständen

- bei Bedarf auch öfter- zu wechseln.

Bei Neubelegung ist die Matratze sowie das Bettzeug auf den hygienisch einwandfreien Zu-stand zu kontrollieren. Jede neu in die Unterkunft aufgenommene Person erhält frische Bett-wäsche. Die Bettwäsche ist der Bettgröße anzupassen.

3. Soweit es die Außentemperaturen erfordern, mindestens aber in der Zeit vom 01. Oktober bis 30. April (Heizperiode) und wenn außerhalb der Heizperiode an drei aufeinanderfolgen- den Tagen um 21 Uhr nur 12 Grad Celsius und weniger beträgt, wird für eine ausreichende Beheizung gesorgt.

4. Zur Ausstattung der Wohnräume gehören:

a) ein Schrank oder Schrankteil von mindestens 50 cm Breite pro Person (in Doppelzimmern muss dieser abschließbar sein)

b) ein Tischplatz mit Stuhl pro Person

c) mindestens ein Abfallbehälter aus nichtbrennbaren Material mit dichtschießendem Deckel pro Zimmer

d) Gardinen oder Jalousie

e) ein Kühlschrank

f) eine gesonderte Möglichkeit zur Aufbewahrung von Besteck und Geschirr

5. Ein Gemeinschaftsraum mit einer Größe von mindestens 20 qm mit funktionierendem Fernseher muss vorgehalten werden.

6. Grundsätzlich sind in den Küchen für jeweils 10 Bewohner mindestens vier funktionieren-

de Herdkochplatten mit einer Backröhre sowie eine Spüle zur Verfügung zu stellen. Es ist eine Grundausstattung an Geschirr und Kochgeschirr (pro Person 1 Pfanne, 1 Topf, 1 Sortiment Besteck, 1 Tasse, jeweils 1 flacher und tiefer Teller) zur Verfügung zu stellen.

7. Für jeweils 20 Personen ist mindestens 1 Waschmaschine sowie 1 Trockenautomat oder 1 Trockenraum kostenlos außerhalb der Schlaf- und Tagesräume zur Verfügung zu stellen.

8. Alle Räume sind in einem bewohnbaren und ansprechenden Zustand zu halten. Notwendige Renovierungsarbeiten sind regelmäßig, mindestens alle zwei Jahre, bei Bedarf auch früher, von der Stadt Braunschweig durchzuführen.

9. In allen Unterkunfts- und Gemeinschaftsräumen sowie für alle Verkehrsflächen muss eine ausreichende Beleuchtung durch elektrische Anlagen vorhanden sein, die den Sicherheitsbestimmungen entsprechen.

10. Die Reinigung der Sanitärbereiche, soweit sie sich außerhalb der Wohneinheiten befinden, Gemeinschaftsräume und Verkehrsflächen (Flure, Treppenhäuser ...) hat durch die Stadt Braunschweig mindestens einmal täglich zu erfolgen. Die Einrichtung ist frei von Ungeziefer und Schädlingen zu halten. Ungeziefer und Schädlinge sind nach Auftreten unverzüglich durch eine zugelassene Fachfirma zu beseitigen.

11. Sanitäranlagen und Waschräume der Unterkunft sollen folgenden Anforderungen entsprechen:

a) Es müssen jederzeit zugängliche Toiletten und Waschräume zur Unterkunft gehören. Die Toilettenräume sollen in der Nähe der Schlaf- und Wohnräume liegen; ebenso soll Trinkwasser in der Nähe der Schlaf- und Wohnräume vorhanden sein. Es wird mindestens ein WC für 8 Bewohner vorgehalten, für jeweils 15 männliche Personen zusätzlich ein PP-Becken. Die Toilettenräume müssen ausreichend belüftet und beleuchtet sein. Sie sollen mit Seifenspendern und hygienisch einwandfreien Trockenvorrichtungen (z.B. Papierhandtücher) sowie Toilettenpapier ausgestattet sein.

b) Für die notwendige Körperpflege werden für jeweils 15 Personen mindestens zwei Handwaschbecken sowie eine Dusche oder Wanne bereitgestellt. Diese sollen sich im gleichen Stockwerk befinden.

12. Alle Räume müssen abschließbar sein. Jeder Bewohner erhält einen Schlüssel für die Eingangstür und für sein Zimmer. Die Stadt Braunschweig hat von jeder Tür einen Zweitschlüssel vor Ort bereitzuhalten.

13. Die Stadt Braunschweig hält das für den ordnungsgemäßen Betrieb erforderliche Personal bereit. Hierzu gehört im Grundsatz das Personal für die Bereiche der Verwaltung und Betreuung der in der Einrichtung untergebrachten Personen sowie für Reinigung und Wachschutz. Die Erfordernisse hinsichtlich der Personal-Bereitstellung werden vom Umfang der zu betreuenden Personen abgeleitet.

14. Es soll jedem Bewohner eine Sozialarbeiterin/ein Sozialarbeiter täglich für 8 Stunden zur Verfügung stehen. Daher müssen mindestens 2 Vollzeitstellen zur Verfügung gestellt werden. Für die restliche Zeit sind Sicherheit und Ordnung mit städtischem Personal sicher zu stellen.

15. Die Stadt Braunschweig gewährleistet, dass Besuche der Mitarbeiter von Behörden oder anderer mit der Betreuung von Bewohnern betrauten Vertretern jederzeit möglich sind.

16. Ein Erste-Hilfe-Verbandkasten ist vorzuhalten.

17. Es ist sicherzustellen, dass die Bewohner ihre Post täglich erhalten.

18. Die Einhaltung der für den Betrieb der Unterkunft geltenden Vorschriften über Brandsicherheit, Brandschutzeinrichtungen, Hygiene und Infektionsschutz ist zu gewährleisten.

19. Die Unterkunft ist grundsätzlich an der Haus- und Wohnungstür bzw. am Klingelbrett als solche kenntlich zu machen.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziff. 1: bei Fürstimmen abgelehnt

Ziff. 2: einstimmig geändert beschlossen

Ziff. 3: bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 18-09271-02 wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Jasperallee - Denkmalschutz 18-09764
Antrag der BIBS-Fraktion

4.3.1. Jasperallee - Denkmalschutz 18-09764-01
Mitteilung der Verwaltung

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 18-09764 ein und begründet diesen. In der weiteren Aussprache gibt Ratsfrau Palm eine Erklärung zu dem zuvor erfolgten Redebeitrag in Bezug auf ihre Person von Ratsherrn Dr. Dr. Büchs ab. Zum Ende der Aussprache zieht Ratsherr Rosenbaum den Antrag zurück.

4.4. Alstom/Wasserstoff-Antriebstechnik als regionale Kompetenz 19-10004
vorantreiben
Antrag der BIBS-Fraktion

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 19-10004 ein, begründet diesen und beantragt, den Antrag zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen. Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag auf Verweisung in den Wirtschaftsausschuss als Fachausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Der Antrag 19-10004 wird zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.“

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

einstimmig beschlossen

4.5. "Modernisierungs- und Konsolidierungsprozess" als ständiger 19-10009
Tagesordnungspunkt im Rat
Antrag der CDU-Fraktion

3.2. Sachstand Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimie- 19-10038
rung

Die Mitteilung 19-10038-Sachstand Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung zu TOP 3 und der Antrag 19-10009 werden gemeinsam beraten. Oberbürgermeister Markurth erläutert die Mitteilung 19-10038. Anschließend bringt Ratsherr Merfort den Antrag 19-10009 ein und begründet diesen. Am Ende der Aussprache wird der Antrag 19-10009 von Ratsherrn Köster zurückgezogen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-10038 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag 19-10009 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Um 16:35 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Die Sitzung wird um 17:20 Uhr fortgesetzt

5. Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehr- 18-09259
bedarfsplans und zur Organisationsuntersuchung im Jahr 2018

5.1. Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans und zur Organisationsuntersuchung im Jahr 2018 **18-09259-01**

Während der Aussprache beantragt Ratsherr Scherf getrennte Abstimmung zu Ziffer 1 des Beschlusstextes der Vorlage 18-09259-01. Im Anschluss an die Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst Ziffer 1 der Vorlage 18-09259-01 und anschließend die Ziffern 2 und 3 gemeinsam zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlage 18-09259-01:

„1. Aufgrund der Empfehlungen des Gutachters für den Feuerwehrbedarfsplan sowie der Organisationsuntersuchung werden im Stellenplan 2019 folgende Planstellen neu geschaffen:

3 x Wachabteilungsleiter(in) IRLS und Lagedienstführer(in)	A 12
3 x Wachabteilungsleiter(in) Feuerwache Süd und C-Dienst	A 10
3 x Ausbilder(in) Vorbereitungsdienst und Gruppenführer(in)	A 9 Z
1 x Werkstattleiter(in) Elektrowerkstatt	E 9a
3 x Werkstattmitarbeiter(in) FSZ, Gerätwerkstatt	E 4 - E 7

2. Die Einrichtung eines sogenannten A-Dienstes bei der Berufsfeuerwehr wird zur Kenntnis genommen.
3. Der in dieser Beschlussvorlage dargestellten Abwicklung der vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen (Baumaßnahmen, Beschaffungen) wird zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung erfolgt schrittweise im Rahmen der vom Rat beschlossenen Haushaltsmittel. Mit den Maßnahmen, für die im Haushaltsentwurf 2019 Planungsmittel vorgesehen sind, kann begonnen werden.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziff. 1: bei 4 Enthaltungen beschlossen

Ziff. 2 und 3: einstimmig beschlossen

6. Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2018 **18-09777**
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 7. Grundstückskaufvertrag zum Plangebiet "Trakehnenstraße/Breites Bleek", ST 81** **18-09639**
Verkauf von Teilflächen der städtischen Flurstücke 189/308, 194/24, 189/290 und 189/93, alle Flur 7 der Gemarkung Stöckheim
- 7.1. Grundstückskaufvertrag zum Plangebiet "Trakehnenstraße/Breites Bleek", ST 81** **18-09639-01**
Verkauf von Teilflächen der städtischen Flurstücke 189/308, 194/24, 189/290 und 189/93, alle Flur 7 der Gemarkung Stöckheim

Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 18-09639-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlage 18-09639-01:

„Dem Abschluss eines Grundstückskaufvertrages zwischen der Stadt Braunschweig und Investoren über Teilflächen der städtischen Flurstücke 189/308 (ca. 220 m²), 194/24 (ca. 1.073 m²), 189/290 (ca. 395 m²) und 189/93 (ca. 8.898 m²), alle Flur 7 der Gemarkung Stöckheim für die Entwicklung des Baugebietes „Trakehnenstraße/Breites Bleek“ wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

8. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 18-09744

8.1. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 18-09744-01

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 18-09744-01 zur Abstimmung.

Beschluss zu Vorlage 18-09744-01:

- „1. Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt (wie bisher).
- 2.1 Der Annahme der Zuwendung im Rahmen einer Erbschaft von Frau Ilse Charlotte Ingeborg Marwitz wird zugestimmt.
- 2.2 Für den Fall, dass sich aus dem weiteren Verfahren eine Überschuldung des Nachlasses herausstellen sollte, wird die Verwaltung ermächtigt, die für eine Ausschlagung des Nachlasses erforderlichen Erklärungen abzugeben.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Haushaltsvollzug 2018 19-09876
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt 18-09414

10.1. Änderungsantrag zur Vorlage 18-09414, Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt 19-10052
Änderungsantrag der AfD-Fraktion

Stadträtin Dr. Arbogast bringt die Vorlage 18-09414 ein und erläutert diese. Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 19-10052 ein und begründet diesen. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag und daran anschließend über die Vorlage abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 19-10052:

„§ 3 ("Mitglieder des Jugendhilfeausschusses mit beratender Stimme") der Satzung für das Jugendamt erhält in Absatz (1) einen Satz 13 mit folgendem Wortlaut:
13. eine Vertreterin oder ein Vertreter der örtlichen muslimischen Gemeinden auf gemeinsamen Vorschlag des Rates der Muslime Braunschweig, der Islamischen Gemeinschaft Braunschweig e.V., der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS-Nord), der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF), der Ahmadiyya (AMJ) sowie des Liberal-islamischen Bundes.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Fürstimmen abgelehnt

Beschluss zu Vorlage 18-09414:

„Die als Anlage 1 beigefügte Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Braunschweig wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Gegenstimmen beschlossen

11. Festsetzung von Teilnehmerentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2019, in den Weihnachtsferien 2019/2020 sowie für die Familienfreizeit 2019 **18-09774**

Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage 18-09774 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Die Teilnehmerentgelte für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie werden wie folgt festgesetzt:

287,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Osterfreizeit im Schullandheim des Märkischen Kreises auf Norderney vom 13. April 2019 bis 20. April 2019.

173,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Familienfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste vom 12. Mai 2019 bis 19. Mai 2019.

Kinder unter 3 Jahren	50,00 €
Kinder von 3 bis 6 Jahren	112,00 €

395,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Sommerfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste vom 26. Juli bis 13. August 2019.

228,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Herbstfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß vom 4. Oktober 2019 bis 11. Oktober 2019.

228,00 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer für die Winterfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß vom 28. Dezember 2019 bis 4. Januar 2020.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen beschlossen

Nach Beratung von Tagesordnungspunkt 11 findet von 18:00 Uhr bis 18:25 Uhr die Einwohnerfragestunde. Anschließend wird die Beratung mit der gemeinsamen Beratung der Punkte 12 und 13 fortgesetzt.

12.	Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Umsetzung des Konzepts für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Verringerung/Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten in den Sommerferien	18-09546
12.1.	Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 18-09546: Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Umsetzung des Konzepts für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Verringerung/Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten in den Sommerferien Änderungsantrag der Gruppe Die Fraktion P²	19-10073
13.	Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten Umsetzung des Konzepts für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Ausweitung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten	19-09822

Die Vorlage 18-09546 (TOP 12) mit dem Änderungsantrag 19-10073 und die Vorlage 19-09822 (TOP 13) werden gemeinsam beraten. Zu Beginn der Aussprache bringt Ratsherr Hahn den Änderungsantrag 19-10073 ein und begründet diesen. Nach der gemeinsamen Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 19-10073 und im Anschluss daran über die Vorlage 19-09546 abstimmen. Anschließend stellt er die Vorlage 19-09822 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 19-10073:

„1. Der Begriff "Qualitätsentwicklung" wird an allen Stellen durch Quantitätsentwicklung ersetzt.

2. Das in der Anlage dargestellte Konzept zur Erprobung einer Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten (Maßnahmenkatalog) wird um eine weitere Variante ergänzt, die besagt:

- Variante 4: Abschaffung der Schließzeit 365 Öffnungstage
- Samstag und Sonntag werden hier als Werktag betrachtet.
- Das Budget dafür ist im städtischen Haushalt entsprechend aufzustocken.

3. Dem geänderten Konzept zur Erprobung einer Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten wird zugestimmt.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Konzept im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umzusetzen.

5. Die Umsetzung in städtischen Kindertagesstätten hat Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Qualitätsverbesserung zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss zu Vorlage 18-09546:

„1. Dem in der Anlage dargestellten Konzept zur Erprobung einer Verringerung bzw. Abschaffung der Schließzeiten in Kindertagesstätten wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Konzept im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umzusetzen.

3. Die Umsetzung in städtischen Kindertagesstätten hat Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Quali-

tätsverbesserung zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen beschlossen

Beschluss zu Vorlage 19-09822:

- „1. Dem in der Anlage dargestellten Konzept zur Erprobung einer Ausweitung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Konzept im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umzusetzen.
3. Die Umsetzung in städtischen Kindertagesstätten hat Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Qualitätsverbesserung zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen beschlossen

14. Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) 18-09480

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 18-09480 abstimmen.

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Vierte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

15. Überarbeitete Programmanmeldung Stadtumbau - Bahnstadt 18-09776

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 18-09776 abstimmen.

Beschluss:

„1. Das in Anlage 1 beschriebene Gebiet zwischen Bahnhof und A 39 soll durch Stadtumbaumaßnahmen umstrukturiert und mit Wohn- und gewerblichen Nutzungen neu entwickelt werden. Nach Gesprächen mit dem Fördergeber wurde der Umgriff des beantragten Fördergebietes gegenüber dem in der Vorlage 18-08153 beschriebenen zunächst verändert und auf ein geringeres Flächenvolumen festgelegt. Das in Anlage 1 dargestellte Gebiet wird gemäß § 171 b BauGB als Stadtumbaugebiet festgelegt. Der Beschluss vom 12. Juni 2018 wird mit diesem Beschluss aufgehoben.

2. Die Stadt Braunschweig erklärt ihre Bereitschaft für die Durchführung der durch den Bund und das Land Niedersachsen geförderten Stadtumbau-Gesamtmaßnahme in diesem Gebiet und ist bereit, ein Drittel der förderfähigen Kosten in Höhe von rund 7 Mio. Euro sowie die nicht förderfähigen Kosten in Höhe von rd. 2,5 Mio. € nach derzeitigem Stand der Planung aufzubringen. Die aufzubringenden Mittel verteilen sich voraussichtlich auf 15 Jahre Laufzeit.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

16. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Dibbesdorfer Straße-Süd", QU 62 19-09931
Stadtgebiet südlich der Dibbesdorfer Straße und nördlich der Volkmaroder Straße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Ratsherr Wendt erklärt, dass er sich an der Beratung und Abstimmung über die Vorlage 19-09931 nicht beteiligt und verlässt den Sitzungssaal. Nach Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Vorlage 19-09931 zur Abstimmung.

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6 und Nr. 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Dibbesdorfer Straße-Süd“, QU 62, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen beschlossen

17. Anfragen

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber übernimmt zu dem Punkt Anfragen die Sitzungsleitung. Die Anfragen werden in der Zeit von 19:15 Uhr bis 20:19 Uhr beantwortet. Im Anschluss daran werden in der Zeit von 20:20 Uhr bis 20:35 Uhr die Dringlichkeitsanfragen beantwortet.

17.1. Nahversorgung in den Braunschweiger Stadtteilen 19-10003
Anfrage der SPD-Fraktion

17.1.1.Nahversorgung in den Braunschweiger Stadtteilen 19-10003-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 19-10003-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

Die Stellungnahme 19-10003-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.2. Sachstand Umgestaltung Herzogin-Anna-Amalia-Platz 19-10006
Anfrage der CDU-Fraktion

17.2.1.Sachstand Umgestaltung Herzogin-Anna-Amalia-Platz 19-10006-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 19-10006-01).

Die Stellungnahme 19-10006-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.3. Plastikfreier Weihnachtsmarkt 19-10000
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17.3.1.Plastikfreier Weihnachtsmarkt 19-10000-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 19-10000-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 19-10000-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.4. Status und weitere Pläne Ideenplattform 19-10005

Anfrage der AfD-Fraktion
17.4.1. Status und weitere Pläne Ideenplattform **19-10005-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 19-10005-01).

Die Stellungnahme 19-10005-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.5. Fridays for future - Klimaschutz in Braunschweig **19-10001**
Anfrage der BIBS-Fraktion

17.5.1. Fridays for future - Klimaschutz in Braunschweig **19-10001-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 19-10001-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

Die Stellungnahme 19-10001-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.6. Wo bleibt der Plastikmüll? **19-09995**
Anfrage der Fraktion Die Linke.

17.6.1. Wo bleibt der Plastikmüll? **19-09995-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 19-09995-01).

Die Stellungnahme 19-09995-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.7. Status Quo Bericht: Verfahrensweise **19-10007**
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²

17.7.1. Status Quo Bericht: Verfahrensweise **19-10007-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Arbogast (Stellungnahme 19-10007-01).

Die Stellungnahme 19-10007-01 wird zur Kenntnis genommen.

17.8. Installation von Radverkehrsanlagen am Hauptbahnhof **19-10002**
Anfrage der SPD-Fraktion

Ergebnis:

Die Anfrage 19-10002 wird bis zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.

17.9. Ausreichender Schutz der Verkehrsteilnehmer? **19-10008**
Anfrage der AfD-Fraktion

17.9.1. Ausreichender Schutz der Verkehrsteilnehmer? **19-10008-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 19-10008 soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 19-10008-01).

Die Stellungnahme 19-10008-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

17.10. Dringlichkeitsanfrage: BLSK und interkommunale Teilträgerschaft **19-10051**
Dringlichkeitsanfrage der AfD-Fraktion

17.10.1. Dringlichkeitsanfrage: BLSK und interkommunale Teilträgerschaft **19-10051-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth (Stellungnahme 19-10051-01).

Die Stellungnahme 19-10051-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 17.11. Dringlichkeitsanfrage : Wie ist die Stadt auf plötzliche finanzielle Engpässe vorbereitet ? 19-10066**
Dringlichkeitsanfrage der FDP-Fraktion
17.11.1.Dringlichkeitsanfrage: Wie ist die Stadt auf plötzliche finanzielle Engpässe vorbereitet? 19-10066-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 19-10066-01).
Die Stellungnahme 19-10066-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 20:40 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin